S 30 SF 4/23 E

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Berlin-Brandenburg
Sozialgericht	Landessozialgericht Berlin-Brandenburg
Sachgebiet	Sonstige Angelegenheiten
Abteilung	39
Kategorie	Beschluss
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Anrechnung der Geschäftsgebühr auf die Verfahrensgebühr
Leitsätze	-
Normenkette	RVG § 58 Abs. 2 Satz 2 n.F. - RVG § 15a - VV RVG Vorbemerkung 3 Abs. 3

1. Instanz

Aktenzeichen	S 30 SF 4/23 E
Datum	20.01.2023

2. Instanz

Aktenzeichen	L 39 SF 73/23 B E
Datum	12.06.2024

3. Instanz

Datum	-
-------	---

Die Beschwerde wird zurÄ^{1/4}**ckgewiesen.**

Â

Kosten werden nicht erstattet.

Â

Â

Â

Â

Â

Â

Â

Â

Â

Gründe:

Â

Die Beschwerde über die aufgrund des Übertragungsbeschlusses vom 7. Juni 2024 der Senat (ohne Mitwirkung ehrenamtlicher Richter) entscheidet ([Â§ 56 Abs. 2 Satz 1 Rechtsanwaltsvergütungsgesetz](#) in Verbindung mit [Â§ 33 Abs. 8 Satz 1 bis 3 RVG](#)) ist zulässig (vgl. [Â§ 33 Abs. 3 Satz 1](#), 3, Abs. 7 Satz 3 RVG in Verbindung mit [Â§ 56 Abs. 2 Satz 1 RVG](#)), jedoch nicht begründet.

Â

Der Senat sieht sich durch [Â§ 58 Abs. 2 Satz 2 RVG](#) (der durch das Gesetz zur Änderung des Justizkosten- und des Rechtsanwaltsvergütungsrechts und zur Änderung des Gesetzes zur Abmilderung der Folgen der COVID-19-Pandemie im Zivil-, Insolvenz- und Strafverfahrensrecht [Kostenrechtsänderungsgesetz 2021](#) vom 21. Dezember 2020 [Bundesgesetzblatt 2020 Teil I S. 3229](#) mit Wirkung ab dem 1. Januar 2021 eingefügt wurde) nicht veranlasst, für gegen die Staatskasse gerichtete Gebührenansprüche der im Wege der Prozesskostenhilfe beigeordneten Rechtsanwältinnen, die sich nach dem bis zum 31. Dezember 2020 geltenden Rechtsanwaltsvergütungsgesetz berechnen, von der mit Beschluss vom 1. Dezember 2020 ([L 39 SF 41/18 B E](#)) geäußerten Rechtsauffassung abzurufen. Der Senat hat mit diesem Beschluss ausgeführt:

Â

Entgegen der Rechtsansicht der Antragstellerin wird der nach der Vorbemerkung 3 Abs. 3 VV RVG anzurechnende Betrag hier nicht durch [Â§ 58 Abs. 2 RVG](#) weiter eingeschränkt. Nach dieser Vorschrift sind in Angelegenheiten, in denen sich die Gebühren nach Teil 3 des Vergütungsverzeichnisses bestimmen, Vorschüsse und Zahlungen, welche ein beigeordneter Rechtsanwalt vor oder nach der Beordnung erhält, zunächst auf die Vergütungen anzurechnen, für die ein Anspruch gegen die Staatskasse nicht oder nur unter den Voraussetzungen des [Â§ 50 RVG](#) besteht.

Â

Die Regelung geht ausweislich der Verweisungen in den Gesetzesbegründungen zu [Â§ 58 Abs. 2 RVG](#) ([BT-Drucksache 15/1971, S. 203](#)) und zu [Â§ 129](#) der Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte ([BT-Drucksache 2/2545, S. 274](#) zu [Â§ 127](#)) auf [Â§ 3](#) des Gesetzes betreffend die Erstattung von Rechtsanwaltsgebühren in Armensachen (ArmenAnwGebG) vom 20. Dezember

1928 (RGBl. I S. 411) zurÄ¼ck. Nach Â§ 1 ArmenAnwGebG war fÄ¼r den Armenanwalt bei einem Gegenstandswert von mehr als 400,00 Reichsmark eine niedrigere VergÄ¼tung als fÄ¼r den Wahlanwalt vorgesehen. In der GesetzesbegrÄ¼ndung zu Â§ 3 ArmenAnwGebG heiÃ¼t es, die Regelung stelle die in der Rechtsprechung bestrittene Frage der Verrechnung von VorschÄ¼ssen und sonstigen Zahlungen in dem Sinne klar, dass diese zunÄ¼chst auf denjenigen Teil der VergÄ¼tung zu verrechnen seien, fÄ¼r den der Staat auf Grund dieses Gesetzes nicht hafte (Verhandlungen des Reichstags 1928, Band 432, Nr. 511, S. 3). Der damalige Hintergrund der Regelung entspricht dem heutigen. Der im Wege der Prozesskostenhilfe beigeordnete Rechtsanwalt hat in Verfahren, in denen WertgebÄ¼hren entstehen, gemÄ¼Ã¼ Â§ 49 RVG ab einem Gegenstandswert von 4.000,00 EUR gegen die Staatskasse nur einen Anspruch auf eine im Vergleich zum Wahlanwalt geringere VergÄ¼tung. Der Anspruch auf die volle WahlanwaltsvergÄ¼tung besteht daneben sowohl gegen den Auftraggeber als auch im Fall des Obsiegens gegen den Prozessgegner fort. Gegen den Auftraggeber ist er jedoch gemÄ¼Ã¼ Â§ 122 Abs. 1 Nr. 3 der Zivilprozessordnung (ZPO) regelmÄ¼Ã¼ig nicht durchsetzbar. Nach Â§ 58 Abs. 2 RVG sollen VorschÄ¼sse und Zahlungen zunÄ¼chst auf den Unterschiedsbetrag zwischen der ProzesskostenhilfevergÄ¼tung nach Â§ 49 RVG und der WahlanwaltsvergÄ¼tung nach Â§ 13 RVG angerechnet werden (Stollenwerk, in Schneider/Volpert/FÄ¼lsch, Gesamtes Kostenrecht, 2. Auflage 2017, Â§ 58 RVG Rn. 8; KieÃ¼ling, in Mayer/KroiÃ¼, RVG, 7. Auflage 2018, Â§ 58 Rn. 2). Somit entspricht die Regelung des Â§ 58 Abs. 2 RVG dem Rechtsgedanken aus Â§ 366 Abs. 2 des BÄ¼rgerlichen Gesetzbuches (BGB). Danach wird bei fehlender abweichender Bestimmung des Schuldners durch eine zur Tilgung nicht ausreichende Zahlung zunÄ¼chst diejenige Forderung getilgt, die dem GlÄ¼ubiger die geringere Sicherheit bietet. In diesem Sinne soll Â§ 58 Abs. 2 RVG den beigeordneten Rechtsanwalt schÄ¼tzen (Bayerischer Verwaltungsgerichtshof, Beschluss vom 5. April 2017, 19 C 15.2425, Rn. 17; Hartung, in Hartung/Schons/Enders, RVG, 3. Auflage 2017, Â§ 58 Rn. 26; KieÃ¼ling, in Mayer/KroiÃ¼, RVG, 7. Auflage 2018, Â§ 58 Rn. 2; Toussaint, in Hartmann/Toussaint, Kostenrecht, 50. Auflage 2020, Â§ 58 RVG Rn. 6). Wie nach Â§ 366 Abs. 2 BGB geht eine Tilgungsbestimmung des Zahlenden der Regelung des Â§ 58 Abs. 2 RVG vor (MÄ¼ller-Rabe, in Gerold/Schmidt, RVG, 24. Auflage 2019, Â§ 58 Rn. 6; Schneider/Teubel, in Poller/HÄ¼rtl/KÄ¼pf, Gesamtes Kostenhilferecht, 3. Auflage 2018, Â§ 58 RVG Rn. 19; Stollenwerk, in Schneider/Volpert/FÄ¼lsch, Gesamtes Kostenrecht, 2. Auflage 2017, Â§ 58 RVG Rn. 11).

Ä

In der obergerichtlichen Rechtsprechung wird einerseits vertreten, dass Â§ 58 Abs. 2 RVG auch auf Zahlungen im Zusammenhang mit der Anrechnung nach der Vorbemerkung 3 Abs. 4 VV RVG anwendbar sei, was fÄ¼r Verfahren, in denen WertgebÄ¼hren nach Â§ 13 RVG entstehen, zu Folge haben soll, dass eine Zahlung auf die GeschÄ¼ftsgebÄ¼hr nur auf den VergÄ¼tungsanspruch gegenÄ¼ber der Staatskasse angerechnet wird, soweit sie die Differenz zwischen der WahlanwaltsvergÄ¼tung und der ProzesskostenhilfevergÄ¼tung Ä¼bersteigt (Oberlandesgericht Frankfurt, Beschluss vom 17. Februar 2014, 18 W 93/13, Rn. 6; Oberlandesgericht Koblenz, Beschluss vom 30. Juli 2012, 14 W 360/12, Rn. 10;

Oberlandesgericht Oldenburg, Beschluss vom 1. September 2011, [13 W 29/11](#), Rn. 10; Brandenburgisches Oberlandesgericht, Beschluss vom 25. Juli 2011, [6 W 55/10](#), Rn. 17; Oberlandesgericht Braunschweig, Beschluss vom 22. März 2011, [2 W 18/11](#), Rn. 11; Oberlandesgericht Zweibrücken, Beschluss vom 11. Mai 2010, [2 WF 33/10](#), Rn. 26; Oberlandesgericht München, Beschluss vom 10. Dezember 2009, [11 W 2649/09](#), Rn. 14; Schleswig-Holsteinisches Oberlandesgericht, Beschluss vom 3. März 2008, [15 WF 9/08](#), Rn. 14; ebenso Müller-Rabe, in Gerold/Schmidt, RVG, 24. Auflage 2019, [Â§ 58 Rn. 45](#); Ahlmann, in Riedel/Suñbauer, RVG, 10. Auflage 2015, [Â§ 58 Rn. 26](#); Kießling, in Mayer/Kroiñ, RVG, 7. Auflage 2018, [Â§ 58 Rn. 23](#); Sommerfeldt, in BeckOK RVG, Stand 1. September 2020, [Â§ 58 Rn. 6a](#); Groß, in: Groß, Beratungs-, Prozesskosten- und Verfahrenskostenhilfe, 14. Auflage 2018, [Â§ 58 RVG Rn. 3](#); zu Betragsrahmengebühren: Hessisches Landessozialgericht, Beschluss vom 17. Juni 2019, [L 2 AS 241/18 B](#), Rn. 36).

Â

Nach der Gegenansicht betrifft [Â§ 58 Abs. 2 RVG](#) ausschließlich die Tilgung, nicht aber die Entstehung und Berechnung des Vergütungsanspruchs und damit auch nicht die Anrechnung von Gebühren (Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 8. Januar 2020, [L 19 AS 773/19 B](#), Rn. 32; Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 26. April 2019, [6 K 53.18](#); Oberlandesgericht Bamberg, Beschluss vom 21. März 2018, [2 WF 15/18](#), Rn. 25; Oberlandesgericht Dresden, Beschluss vom 30. November 2016, [20 WF 1122/16](#), Rn. 11; Niedersächsisches Oberverwaltungsgericht, Beschluss vom 3. April 2013, 13 OA 276.12, Rn. 5; Hessisches Landesarbeitsgericht, Beschluss vom 7. Juli 2009, [13 Ta 302/09](#), Rn. 25; Hamburgisches Oberverwaltungsgericht, Beschluss vom 19. Februar 2009, [3 So 197/08](#), Rn. 28).

Â

Der Senat kann diese Frage offenlassen. Der Anwendung des [Â§ 58 Abs. 2 RVG](#) steht hier bereits entgegen, dass der Grundsicherungsträger durch Anerkenntnis der Kostenforderung und Zahlung zumindest konkludent eine vorrangige Tilgungsbestimmung im Sinne des [Â§ 366 Abs. 1 BGB](#) getroffen hat (vgl. Bundesgerichtshof, Urteil vom 21. April 2010, [VIII ZR 6/09](#), Rn. 18; Urteil vom 6. November 1990, [XI ZR 262/89](#), Rn. 12), so dass die Zahlung ohnehin nur auf die konkrete Kostenforderung anzurechnen war. In diesem Zusammenhang merkt der Senat an, dass eine solche Tilgungsbestimmung in der Regel auch immer dann vorliegen wird, wenn eine Zahlung unter Bezugnahme auf einen Kostenfestsetzungsbeschluss erfolgt.

Â

Falls keine Tilgungsbestimmung vorliege, liefe die Regelung des [Â§ 58 Abs. 2 RVG](#) im vorliegenden Verfahren, in dem Betragsrahmengebühren nach [Â§ 14 RVG](#) entstanden sind, hinsichtlich der Vergütung des Gerichtsverfahrens ins Leere. Während bei Wertgebühren gemäss [Â§ 49 RVG](#) ab einem bestimmten Gegenstandswert geminderte Gebühren für den beigeordneten Rechtsanwalt

vorgesehen sind, entspricht bei Betragsrahmengebühren der Vergütungsanspruch des beigeordneten Rechtsanwaltes gegenüber der Staatskasse der Höhe nach grundsätzlich dem Vergütungsanspruch gegenüber dem Auftraggeber. Soweit der Gebührensanspruch der Antragstellerin für das Vorverfahren wegen der mit dem Grundsicherungsrichter vereinbarten Kostenquote teilweise ungedeckt geblieben ist, liegen zudem die Voraussetzungen des [§ 58 Abs. 2 RVG](#) unter Berücksichtigung des oben herausgearbeiteten Schutzzweckes, die Wahlanwaltsvergütung gegenüber einer daneben bestehenden Prozesskostenhilfevergütung zu privilegieren, ohnehin nicht vor. Denn die Gebührensforderung der Antragstellerin bezüglich des Vorverfahrens stand hinsichtlich der Tilgung nicht in Konkurrenz mit einer Gebührensforderung gegen die Landeskasse.â

â

Die Begründung des Gesetzgebers zu dem mit Wirkung ab dem 1. Januar 2021 in [§ 58 Abs. 2 RVG](#) eingefügten zweiten Satz lautet ([Bundestags-Drucksache 19/23484 S. 81](#)):

â

â In der Rechtsprechung ist trotz der Regelung des [§ 15a Absatz 1 RVG](#) umstritten, ob beispielsweise der Anfall einer vorgerichtlichen Geschäftsgebühr wegen der in Vorbemerkung 3 Absatz 4 VV RVG normierten Anrechnung stets zu einer Reduzierung der aus der Staatskasse zu zahlenden Verfahrensgebühren führt. Um eine einheitliche Handhabung zu gewährleisten, wird eine Klarstellung in [§ 58 Absatz 2 RVG](#) vorgeschlagen.

â

Nach der vorgeschlagenen Regelung soll eine Anrechnung einer auf eine vorgerichtliche Geschäftsgebühr erfolgten Zahlung nur dann in Betracht kommen, wenn die Zahlung dazu führt, dass die Differenz zwischen der Wahlanwaltsvergütung und dem insgesamt nach [§ 49 RVG](#) bestehenden Anspruch vollständig beglichen ist.

Die Regelung berücksichtigt die Interessen der Partei, der eine Rechtsanwältin oder ein Rechtsanwalt beigeordnet wurde, und entspricht der Kernaussage des [§ 15a Absatz 1 RVG](#). Es sind keine Gründe ersichtlich, warum eine Zahlung einer PKH-Partei nach der Beordnung zunächst auf diejenigen Vergütungen anzurechnen sein sollte, für die ein Anspruch gegen die Staatskasse nicht besteht ([§ 58 Absatz 2 RVG](#)), während eine Zahlung auf eine vor der Beordnung entstandene Geschäftsgebühr über die Anrechnungsbestimmungen unmittelbar die Vergütung aus der Staatskasse mindern soll.

â

Die vorgeschlagene Regelung ist so gestaltet, dass sie alle Anrechnungsfälle

erfasst und nur zum Tragen kommen kann, wenn tatsächlich eine Zahlung auf die anzurechnende Gebühre erfolgt ist. Die Regelungen des [Â§ 55 Absatz 5 Satz 3](#) und 4 RVG gewährleisten, dass dem Gericht im Rahmen der Festsetzung der aus der Staatskasse zu zahlenden Vergütung die zur Umsetzung der Regelung notwendigen Angaben vorliegen.â

Â

Ausweislich des zweiten Absatzes dieser Begründung dient [Â§ 58 Abs. 2 Satz 2 RVG](#) der Klarstellung in Fällen, in denen die Wahlanwaltsvergütung (Wertgebühren gem. [Â§ 13 RVG](#)) höher ist als die Prozesskostenhilfevergütung (Wertgebühren aus der Staatskasse gem. [Â§ 49 RVG](#)). Wie der Senat mit Beschluss vom 1. Dezember 2020 ([L 39 SF 41/18 B E](#)) ausgeführt hat, besteht jedoch in Verfahren vor den Sozialgerichten, in denen nach [Â§ 3 Abs. 1 Satz 1 RVG](#) Betragsrahmengebühren entstehen, zwischen der Wahlanwaltsvergütung und der Prozesskostenhilfevergütung der Höhe nach kein Unterschied.

Â

Selbst wenn jedoch [Â§ 58 Abs. 2 Satz 2 RVG](#) eine Klarstellung auch für Verfahren vor den Sozialgerichten enthielte, in denen nach [Â§ 3 Abs. 1 Satz 1 RVG](#) Betragsrahmengebühren entstehen, entfaltete diese Klarstellung keine Wirkung für die Vergangenheit. Das ergibt sich aus Art. 11 Abs. 3 des Kostenrechtsänderungsgesetzes 2021, der Begründung zu dem mit Wirkung ab dem 1. Januar 2021 in [Â§ 58 Abs. 2 RVG](#) eingefügten zweiten Satz (siehe oben), vor allem aber aus dem Grundgesetz (GG). Denn der Gesetzgeber kann zwar den Inhalt von Normen ändern oder klarstellend präzisieren; dabei muss er jedoch die Grenzen beachten, die aus dem Rechtsstaatsprinzip für eine rückwirkende Rechtsetzung folgen. Zu einer authentischen Interpretation gesetzlicher Vorschriften ist der Gesetzgeber nicht befugt. Den Inhalt geltenden Rechts kann er mit Wirkung für die Vergangenheit nur in den verfassungsrechtlichen Grenzen für eine rückwirkende Rechtsetzung feststellen oder klarstellend präzisieren. Eine nachträgliche, klärende Feststellung des geltenden Rechts durch den Gesetzgeber ist grundsätzlich als konstitutiv rückwirkende Regelung anzusehen, wenn dadurch eine in der Fachgerichtsbarkeit offene Auslegungsfrage entschieden wird oder eine davon abweichende Auslegung ausgeschlossen werden soll. Eine konstitutiv rückwirkende Regelung liegt immer dann vor, wenn der Gesetzgeber eine Rechtslage rückwirkend klärt, um nachträglich einer höchststrichterlich geklärten Auslegung des Gesetzes den Boden zu entziehen. Eine nachträgliche Klärung der Rechtslage durch den Gesetzgeber ist auch dann als konstitutiv rückwirkende Regelung anzusehen, wenn die rückwirkende Regelung eine in der Fachgerichtsbarkeit kontroverse Auslegungsfrage entscheidet, die noch nicht höchststrichterlich geklärt ist. Aus Gründen der Rechtssicherheit und des Vertrauensschutzes sind echt rückwirkende Regelungen des Gesetzes grundsätzlich unzulässig (vgl. Bundesverfassungsgericht ¹BVerfGE⁹, Beschluss vom 17. Dezember 2013, [1 BvL 5/08](#); vgl. auch BVerfG, Beschluss vom 21. Juli 2010, [1 BvL 11/06](#), [1 BvL 12/06](#), [1 BvL 13/06](#), 1 BvR; BVerfG, Beschluss vom 12. November

2015, [1 BvR 2961/14](#), [1 BvR 3051/14](#)).

Â

Das Verfahren über die Beschwerde ist gebührenfrei ([Â§ 56 Abs. 2 Satz 2 RVG](#)).
Kosten werden nicht erstattet ([Â§ 56 Abs. 2 Satz 3 RVG](#)).

Â

Dieser Beschluss ist unanfechtbar ([Â§ 56 Abs. 2 Satz 1 RVG](#) in Verbindung mit [Â§ 33 Abs. 4 Satz 3 RVG](#)).

Erstellt am: 29.08.2024

Zuletzt verändert am: 22.12.2024